

TRANSNATIONALE SICHERHEITSRISIKEN /

Politische Polarisierung in Zeiten der Krise /

Multiple, sich gegenseitig verstärkende Krisen wie die Covid-19-Pandemie, die Auswirkungen des Klimawandels oder die Folgen des Krieges in der Ukraine haben Diskussionen um eine Zunahme politischer Polarisierung in Deutschland und anderen westlichen Demokratien verstärkt. Nach einer Analyse grundlegender Trends betrachtet das Kapitel vor allem gesellschaftliche Proteste und politische Reaktionen auf Verschwörungserzählungen und Desinformationskampagnen sowie politische Handlungsoptionen im Umgang mit Polarisierung.

5.1 Trends und Facetten politischer Polarisierung

Die Auswirkungen aktueller Krisen treffen oftmals die Gesellschaften des globalen Südens besonders hart → 2. Sie verstärken aber auch in westlichen Demokratien Befürchtungen einer Polarisierung von Politik und Gesellschaft. Diese Sorgen beziehen sich etwa auf zugespitzte Debatten über die Klimapolitik, Auseinandersetzungen über den Umgang mit der Covid-19-Pandemie oder unterschiedliche Beurteilungen des Krieges in der Ukraine. Aus friedenspolitischer Sicht kann es nicht darum gehen, einem verlorenen Ideal vermeintlicher kultureller Homogenität nachzueifern oder kontroverse Auseinandersetzungen über zentrale gesellschaftliche Herausforderungen zu pathologisieren. In extremer Form kann Polarisierung aber demokratische Verfahren unterminieren, das gesellschaftliche Zusammenleben erschweren oder politische Gewalt befördern (→ Albrecht et al. 2021). Gerade in Zeiten der Krise gilt es daher, mögliche Gefährdungen zu verstehen und die Grundlagen eines konstruktiven, gewaltfreien Konfliktaustrags zu bewahren und auszubauen.

Polarisierung stellt in pluralistischen Demokratien nicht per se ein Problem dar. Dies gilt insbesondere für eine „kognitive Polarisierung“, die sich vor allem in grundlegenden Unterschieden bei Einstellungen zu zentralen politischen Fragen ausdrückt. Kontroverser Streit über wichtige gesellschaftliche Belange ist in vielen Fällen sogar förderlich und notwendig, um sich über umstrittene Fragen zu verständigen oder Missstände aufzuzeigen.

Eine „affektive Polarisierung“ manifestiert sich demgegenüber in fundamentaler Abneigung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen gegeneinander. Diese kann insbesondere dann zur Gefahr werden, wenn politische Konflikte den gesellschaftlichen Alltag insgesamt strukturieren. Bei einer solchen „schädlichen Polarisierung“ zerfallen Gesellschaften in getrennte Camps entlang antagonistischer politischer Identitäten und moralisch aufgeladener Freund-Feind-Unterscheidungen, zwischen denen Austausch und Kompromissbildung nur noch schwer möglich sind (→ McCoy/Somer 2020).

Polarisierung ist nicht per se ein Problem, in extremer Form kann sie aber die Demokratie schwächen

5

126

Diese Form der Spaltung kann dazu führen, dass sich auch Medien, Gerichte oder Bildungsinstitutionen entlang entsprechender Gruppenzugehörigkeiten ausrichten. Polarisierung in dieser Form untergräbt demokratische Politik, etwa weil Anhänger:innen einer Seite Regelverstöße zum vermeintlichen Nutzen der eigenen Sache tolerieren oder Wahlergebnisse nicht akzeptieren. Zunehmende soziale Ungleichheit oder Veränderungen der öffentlichen Kommunikationskultur in den sozialen Medien können eine solche Entwicklung befördern. Es braucht aber stets Akteur:innen in Politik oder Medien, die diesen Prozess bewusst vorantreiben und für ihre Zwecke zu nutzen versuchen. In den letzten Jahren haben vor allem (rechts-)populistische Parteien und Politiker:innen diese Rolle übernommen. In Brasilien etwa scheiterte Jair Bolsonaro 2022 nur äußerst knapp daran, sich mit einer entsprechenden Strategie die Wiederwahl zu sichern. In der Folge stürmten Anhänger:innen des Ex-Präsidenten am 8. Januar 2023 den Kongress, den Obersten Gerichtshof und den Präsidentenpalast in Brasília. Dieses Ereignis ähnelte in vielerlei Hinsicht dem Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021 in den USA durch Unterstützer:innen Donald Trumps.

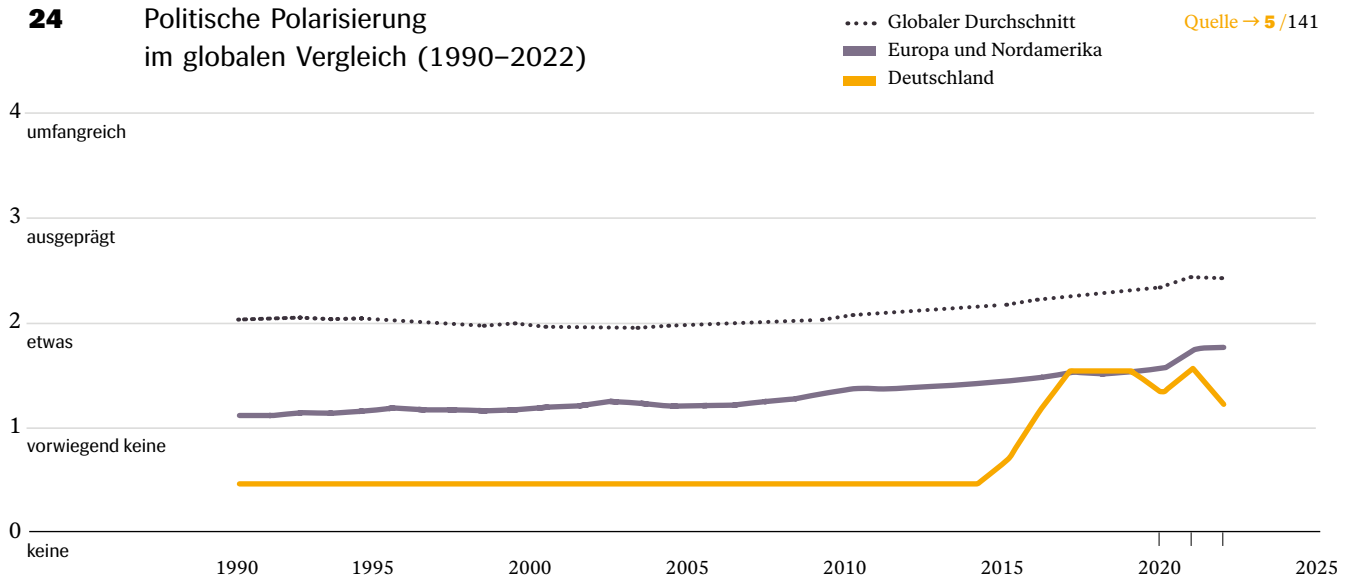
Einen global vergleichenden Blick ermöglicht der Indikator „Politische Polarisierung“ des V-Dem Instituts. Auf der Basis von Expert:innen-Einschätzungen werden hier Länder danach eingestuft, ob und inwieweit ihre Gesellschaften „in antagonistische politische Lager“ gespalten sind. Das Ausmaß politischer Polarisierung ist im globalen Durchschnitt demnach seit der Jahrtausendwende kontinuierlich angestiegen und hat im Zuge der Covid-19-Pandemie einen erneuten Schub erlebt → **24**/127. Besonders stark stieg die politische Polarisierung in den letzten Jahren auch in Europa und Nordamerika.¹ In Deutschland, für das V-Dem bis einschließlich 2014 nahezu keinerlei politische Polarisierung verzeichnet, sieht die jüngste Entwicklung auf den ersten Blick dramatisch aus. Dabei ist allerdings zu bedenken, dass das absolute Niveau der Polarisierung in Deutschland im internationalen und auch innereuropäischen Vergleich immer noch eher niedrig und zuletzt wieder gesunken ist. Mit dem Wert von 1,2 (1 = „vorwiegend keine“ Polarisierung) galt Deutschland im Jahr 2022 jedenfalls als politisch deutlich weniger gespalten als Frankreich, Großbritannien, Österreich und Spanien (um die 2,5), Italien (3,3) oder gar Polen und Ungarn (fast 4). Als deutlich weniger polarisiert gelten aktuell Dänemark (0,72), Irland (0,32) und Norwegen (0,26) (→ V-Dem 2023).²

Polarisierung nimmt global zu, das Ausmaß variiert aber stark von Land zu Land

Wie die vergleichende Forschung zeigt, ist politische Polarisierung ein bedeutsamer Treiber einer sich schleichend vollziehenden Entdemokratisierung wie sie seit einigen Jahren in zahlreichen Ländern rund um den Globus zu beobachten ist (→ Albrecht et al. 2021). Auch mit Blick auf den graduellen Qualitätsverlust der Demokratie – gemessen am Liberal Democracy Index von V-Dem – reiht sich Deutschland in den globalen Durchschnittstrend ein → **25**/127. Der Rückgang der Demokratiequalität liegt hier allerdings innerhalb der statistischen Schwankungsbreite der befragten Expert:innen, sodass für Deutschland nicht ernsthaft von einer Entdemokratisierung gesprochen werden kann. Allgemein zeigt sich Entdemokratisierung weniger als durchgängiger Trend, denn als bemerkenswerte Entwicklung in einer Reihe von Staaten. Neben den USA sind hier nach V-Dem-Daten für Europa insbesondere Polen, Serbien und Ungarn sowie Griechenland zu nennen (→ V-Dem 2023).

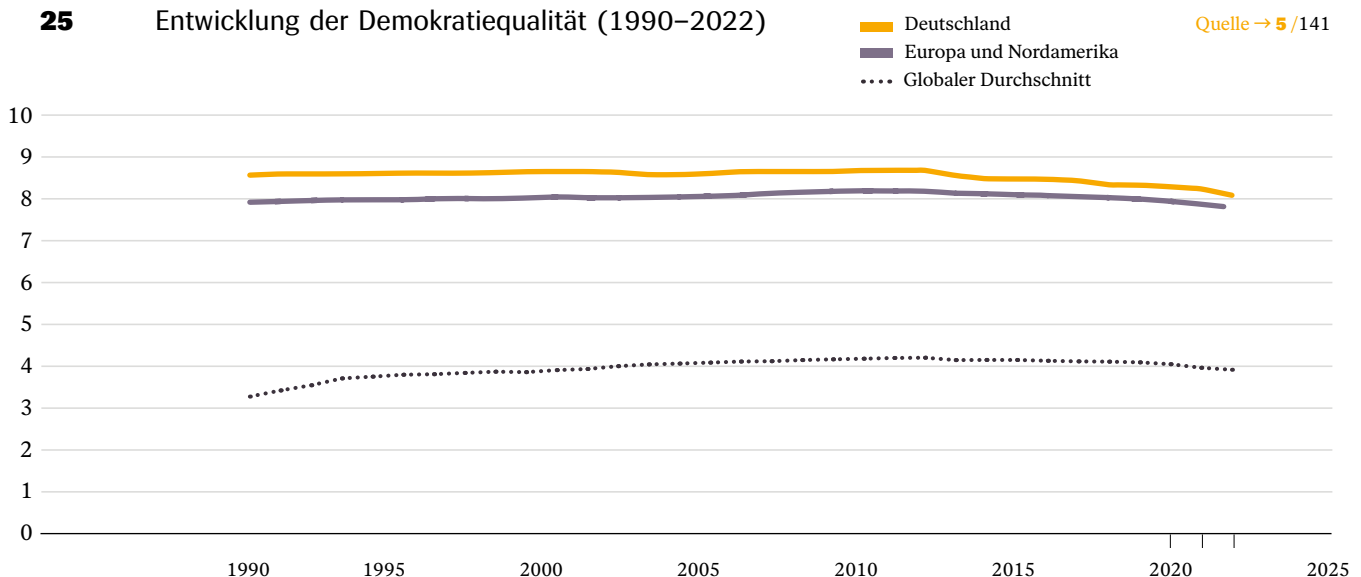
24 Politische Polarisierung im globalen Vergleich (1990–2022)

Quelle → 5/141



25 Entwicklung der Demokratiequalität (1990–2022)

Quelle → 5/141



Eine genauere Analyse veranschaulicht diese globalen Muster. In den meisten Ländern zerfallen die Gesellschaften bisher nicht in zwei völlig getrennte feindliche Lager. Trotz stark unterschiedlicher Positionierungen größerer Gruppen an den Enden der politischen Skala findet sich in den meisten westlichen Demokratien ein Großteil der Bevölkerung entlang eines Kontinuums unterschiedlicher, gemischter Positionen, statt sich extremen Polen des Meinungsspektrums zuzuordnen. Komplexe politische Konstellationen zu Themen wie Migration oder Nachhaltigkeit lassen sich nicht einfach darauf reduzieren, dass sich ältere und ländliche, oftmals männliche Bürger von den kulturell liberaleren Ansichten jüngerer, überwiegend urbaner, akademisch gebildeter Gruppen entfremdet fühlen. Auch wenn diese Faktoren durchaus eine Rolle spielen, strukturieren sich Gesellschaften nicht durchgängig entlang von Generationslinien oder Wohnorten. Das Problem besteht eher in einer Radikalisierung der Ränder, wobei insbesondere rechtspopulistische und rechtsextreme Gruppen in vielen Fällen klar antipluralistische und teils antidemokratische Einstellungen zeigen. Konflikte, die Themen wie Geschlechteridentitäten oder Ernährungsweisen betreffen, werden oftmals von politischen Akteur:innen oder einzelnen Medien stark zugespitzt und für eigene Zwecke instrumentalisiert, etwa um die Identität einer Gruppe durch eine klare Abgrenzung von anderen zu stärken (→ Mau 2022). Das Geschehen auf Twitter oder bei Demonstrationen lässt sich aber nicht ohne Weiteres auf ganze Gesellschaften übertragen.

Für Deutschland ergibt sich ebenfalls eine differenzierte Einschätzung der Lage. Das grundsätzliche Vertrauen in die Demokratie ist bei einem Großteil der Deutschen nach wie vor hoch, auch wenn viele Menschen die konkrete Leistungsbilanz demokratischer Institutionen bei der Bearbeitung aktueller Krisen skeptisch betrachten. In jüngeren Umfragen stimmten 81,9 % der „Demokratie, wie sie in der Verfassung festgelegt ist“ zu und eine immer noch deutliche Mehrheit von 57,7 % äußerte Zustimmung zur „Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert“. Einige dieser Zustimmungswerte fallen in Ostdeutschland nach wie vor geringer aus, haben im letzten Jahr aber auch dort zugelegt. Allerdings glaubt in den ostdeutschen Bundesländern eine besonders große Gruppe von 81,3 %, die Demokratie nicht ausreichend mitgestalten zu können (→ Decker et al. 2022: 62–65). In Deutschland bleibt das Vertrauen in staatliche Institutionen im internationalen Vergleich insgesamt eher hoch und 81,4 % der Befragten haben großes Vertrauen in die Rechtmäßigkeit von Wahlen (→ Zick/Küpper 2022: 49–51).

Der Anteil an Personen, die rechtspopulistischen oder offen rechtsextremen Positionen zustimmen, war in den letzten Jahren eher rückläufig. Dort, wo sich diese Haltungen zeigen, gehen sie allerdings oftmals mit antidemokratischen Ansichten einher. Bei einem substanziellen Teil der Gesellschaft zeigt sich zudem eine diffuse Zustimmung oder jedenfalls keine klare Ablehnung gegenüber einzelnen rassistischen oder rechtspopulistischen Aussagen. Gerade die Covid-19-Pandemie und ihre Folgen haben den Wunsch nach starken Autoritäten und die Neigung zur Abwertung einzelner Gruppen, etwa zwischen Geimpften und Ungeimpften, verstärkt (→ Decker et al. 2022; Zick/Küpper 2022).

Die längerfristigen Auswirkungen der Krisendiskussionen auf grundlegende Trends und Muster politischer Polarisierung lassen sich nur schwer abschätzen. Vorliegende Daten geben aber erste Aufschlüsse. In Deutschland – ebenso wie in den meisten anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) – unterstützt eine Mehrheit der Bevölkerung grundsätzlich die Aufnahme ukrainischer Geflüchteter. Es bleibt allerdings abzuwarten, inwieweit ein länger anhaltender Krieg mit dauerhaft hohen Kosten diese Haltung beeinflusst. Zudem wird Zuwanderung als das Thema mit dem größten Spaltungspotenzial in Europa wahrgenommen (→ Mercator-Forum Migration und Demokratie 2022). Solidarität mit den Schutzsuchenden aus der Ukraine übersetzt sich nicht automatisch in eine Änderung bisheriger Einstellungen und Politiken gegenüber Geflüchteten aus anderen Weltregionen. In letzteren zeigen sich teils rassistische und antimuslimische Ressentiments. Eine Studie des „Forschungsinstituts gesellschaftlicher Zusammenhalt“ zeigt, dass zu Themen wie Migration und kulturelle Vielfalt Konflikte zwischen konträren Einstellungen bestehen. Diese Meinungsdivergenzen spiegeln häufig Unterschiede beim Einkommen und Bildungsstand sowie bei der subjektiven Einschätzung der eigenen Lage und Zukunftsaussichten wider (→ Groh-Samberg et al. 2022).

Konflikte um die Klimapolitik könnten sich verschärfen, wenn die immer stärker spürbaren Auswirkungen des Klimawandels drastischere Gegenmaßnahmen erfordern und an bestehende Auseinandersetzungen anknüpfen. Eine kontroverse Beurteilung der Maßnahmen wäre mit Blick auf ihre weitreichenden Konsequenzen sowie unterschiedliche Arten und Grade von Betroffenheit weder problematisch noch überraschend. Allerdings stimmen 33 % der Menschen in Deutschland ganz oder teilweise der Aussage zu, dass „die Beschränkungen in der Corona-Pandemie [...] nur ein Probelauf für geplante staatliche Zwangsmaßnahmen infolge der Klimapolitik“ seien. Dabei zeigen sich Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland sowie Stadt und Land (→ Saalheiser et al. 2022).

Der Klimawandel und seine Folgen haben erhebliches Konfliktpotenzial

Selbst bei hoch kontroversen Themen wie Nachhaltigkeit, Diversität oder Gendergerechtigkeit ordnet sich eine Mehrheit der Deutschen aber nicht eindeutig einer rein ablehnenden oder zustimmenden Haltung zu. Die Zahl der Menschen, die sich eindeutig zu einem Vorrang der Ökonomie oder des Klimaschutzes bekennen, nimmt zwar zu, wobei Anhänger:innen der AfD und von Bündnis 90/Die Grünen besonders deutlich voneinander abweichende Positionen einnehmen. Eine Mehrheit der Bevölkerung bewegt sich aber nach wie vor zwischen diesen Polen und vertritt eher abwägende Positionen. Starke persönliche Abneigungen im Sinne einer affektiven Polarisierung finden sich vor allem zwischen den Anhänger:innen der AfD und denen praktisch aller anderen Parteien. So sagen zwischen 65 und 70 % der Wähler:innen von SPD, CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen, dass sie lieber nichts mit Menschen zu tun haben möchten, die AfD wählen (Roose 2022: 312). Dies wirft die Frage auf, inwieweit dadurch ein Dialog zu den noch demokratischen, eher gemäßigten Teilen der AfD-Sympathisant:innen erschwert wird. Die starke Ablehnung gegenüber dieser Gruppe dürfte aber vor allem in antidemokratischen und antipluralistischen Äußerungen von jenen AfD-Politiker:innen zu suchen sein, die bewusst auf eine Strategie zugespitzter Polarisierung setzen.

Die deutsche Gesellschaft zerfällt bisher nicht in zwei antagonistische Lager